Abendausgabe

Nr. 477 ♦ 44. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 236

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend
8. Oktober 1927

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297

Vor dem Kampf in Mitteldeutschland.

Die Kündigungen eingereicht.

Halle, 8. Oktober. (Eigenbericht.)

Heute am 8. Oktober hat der weitaus überwiegende Teil der Belegschaften des gesamten mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues die Kündigung eingereicht. Von Tag zu Tag steigt die Zahl der Kündigungsunterschriften.

Trotz des Ernstes der Lage haben die Unternehmer ihren hartnäckigen abweisenden Standpunkt nicht verlassen. Die Erbitterung unter den Arbeitern und der Andrang zur Kündigungszettelabgabe ist daher durchaus verständlich. Der Kampf ist nunmehr in sein letztes Stadium eingetreten.

Nach sieben Tagen beginnt dann in Mitteldeutschland ein Riesenkampf.

Die Bergarbeiter werden mit der von ihnen bei den Kampfvorbereitungen bewiesenen gewerkschaftlichen Disziplin durch bitterste Not getrieben, entschlossen aber auch, in geschlossener Front den aufgezwungenen Kampf aufzunehmen.

Zur erfolgreichen Durchführung dieses Riesenkampfes ist die Mithilfe der Frauen unbedingt nötig. Die Not der Bergarbeiterfamilien haben die Frauen am schwersten zu fühlen bekommen. Sie werden daher Seite an Seite mit ihren Männern zur Erkämpfung des Sieges beitragen.

Eben wird bekannt, daß die Unternehmer

ein Verwirrungsmanöver

planen. Sie wollen die Bergarbeiter zur Zurücknahme der Kündigung veranlassen und lassen zu diesem Zwecke Listen für Unterschriften auslegen. Dieses Manöver ist merkwürdigerweise zuerst für die Kraft- und Grubenbetriebe von Golpa-Zschornewitz geplant. Die Bergarbeiter haben sich 1923 einmal von den Unternehmern unter Anwendung von Druckmitteln Unterschriften erpressen lassen. Der Erfolg war die Aufbürdung des Zwölfstundentages. Ein zweites Mal wird den Unternehmern dieses schändliche Treiben nicht gelingen. Die Bergarbeiter werden es ablehnen, Hungerlöhne als Dauerzustand mit ihrer eigenen Namensunterschrift zu fördern.

Der Balkan in Unruhe.

Der Faschismus als Hetzer. – England beschwichtigt.

Belgrad, 8. Oktober. (Eigenbericht.)

An der südslawisch-albanischen Grenze ist es am Freitagnachmittag ebenfalls zu einem Zwischenfall gekommen, der auf Komitatschis aus Albanien zurückzuführen ist. Es wurden sofort südslawische Truppen eingesetzt, deren Verfolgung der Bande trotz eines scharfen Feuergefechts jedoch erfolglos blieb. Die Komitatschis flüchteten nach Albanien.

Die südslawische Regierung hat sich am Freitag nochmals mit den Vorfällen der letzten Tage und insbesondere mit der Ermordung eines Generals der südslawischen Armee beschäftigt. In einer Note fordert sie von der bulgarischen Regierung die sofortige Verhaftung des Generals Protonoff. In einer zweiten Note werden angeblich noch weitergehende Forderungen aufgestellt. Es ist dagegen falsch, daß beschlossen worden sei, an die bulgarische Regierung die ultimative Forderung zu richten, das mazedonische Komitee, dessen Sitz sich in dem bulgarischen Grenzbezirk Petritsch befindet, aufzulösen, widrigenfalls südslawische Truppen dort einrücken würden, um selbst Ordnung zu schaffen.

Es verlautet hier, daß es der südslawischen Polizei inzwischen gelungen ist, zwei der Attentäter, die an der Erschießung des Generals beteiligt sind, zu verhaften. Im übrigen verweist sowohl die serbische als auch die kroatische Presse darauf, daß hinter dem mazedonischen Komitee ohne Zweifel die italienische Regierung steht, deren Ziel schon immer dahin ging, möglichst eine Annäherung zwischen Südslawien und Bulgarien zu hintertreiben.

*

Bomben und Brownings sind in Mazedonien die Mittel, mit denen sich die Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation (IMRO.) bemerkbar macht. Das ist jener auf terroristische Methoden eingeschworener Kampfverband, der schon in der Türkenzeit an der Befreiung des Landes arbeitete und seine Tätigkeit nicht einstellte, als nach Verjagung der Türken Mazedonien bei schwerer Benachteiligung Bulgariens fast nur an Serben und Griechen verteilt wurde. Der Boden für die IMRO. ist bereitet durch Mißstände aller Art, Willkür der Behörden, Rechtlosigkeit der Bevölkerung, wirtschaftliche Not, sozialer Druck. Daß die Organisation jetzt zu schärferen Schlägen ausholt, könnte als Antwort auf die Foltern gedeutet werden, die im Kerker von Skoplje eine Anzahl wegen revolutionärer Umtriebe verhafteter mazedonischer Studenten zu erdulden hatte. Einmal sind die Bomben- und Revolveratentate dieser Wochen eine Visitenkarte, die der Bevölkerung Mezedoniens und auch den südslawischen Behörden sagt: Wir sind noch da! Andererseits sollen diese Terrorakte wie schon zur Türkenzeit Europa an das Dasein einer mazedonischen Frage erinnern, und deshalb begannen sie jetzt in dem Tagungsabschnitt des Völkerbundes. Schließlich aber — und das ist die Hauptsache — soll die ununterbrochene Reihe von Gewalttaten jede Annäherung zwischen Belgrad und Sofia hintertreiben. Als der Bauerndiktator Stambolijski keine engherzig bulgarische, sondern eine kühn großsüdslawische Politik betrieb, die auf den Anschluß Bulgariens an seinen Nachbarn hinauslief, wurde er von den mazedonischen Komitees „umgelegt". Die durch den Staatsstreich des 9. Juni 1923 ans Ruder gekommene Regierung Zankof war mehr oder minder eine Gefangene der IMRO. Das Kabinett Ljaptschew, das im Inneren Zankofs reaktionäre Politik fortsetzt, begann allmählich die Fesseln der Mazedonier abzustreifen und suchte den Weg der Verständigung mit Südslawien. In Genf kam es dann unlängst zu einer durchaus freundschaftlichen Aussprache zwischen den Außenministern beider Länder, Burof und Marinkowitsch. Da rufen die Explosionen und Schüsse in Mazedonien dem bulgarischen Ministerpräsidenten zu: Halt auf diesem Weg und denke, daß auch du sterblich bist! Mit der Annäherung hat es nach den jüngsten Attentaten wieder seine guten Wege.

Erfolgt die südslawische Forderung an Bulgarien nach Verhinderung der Bildung und des Grenzübertritts von Banden in einer Form, die der bulgarische Chauvinismus nicht als ehrverletzend empfindet, und hat die Regierung Ljaptschew den Mut und die Kraft, mit den mazedonischen Unruhestiftern Schluß zu machen, so kann sich alles zum Guten wenden. Aber die Aussicht dazu ist um so geringer, als auch Mussolini daran gelegen ist, Belgrad und Sofia im Zustand gegenseitiger Verhetzung zu erhalten. Von den mazedonischen Organisationen führt mehr als ein Faden zu der Balkanpolitik des Faschismus. So gleicht die Lage in unheilvoller Weise selbst in Einzelheiten der Situation nach dem Attentat von Serajewo im Sommer 1914.

Die Tragik wird dadurch verschärft, daß Serben und Bulgaren zwei Südslawen sind, die sich sprachlich und kulturell nicht fernerstehen als Reichsdeutsche und Oesterreicher. Wenn sie sich wegen Mazedonien in den Haaren liegen, leiden sie unter der üblen Erbschaft einer Zeit, da der Imperialismus der Großmächte, vor allem Rußlands und Oesterreich-

Ungarns, eigensüchtig die natürliche Einheit der Balkanslawen auseinanderriß. Belgrad und Sofia sind in einen Wahn verkrampft, wenn die Mazedo-Slawen dort als Serben, hier als Bulgaren angesprochen werden. Sie sind keines von beiden, sondern ein Zwischenglied zwischen Serben und Bulgaren, das ein Bindeglied sein könnte und sein wird, wenn die Leidenschaft einmal der Vernunft gewichen ist. Im Interesse des Balkans und Europas muß man hoffen, daß diese kühle Vernunft mit am Tische sitzt, wenn Belgrad jetzt seine Entschlüsse faßt und Sofia auf diese Entschlüsse zu antworten hat. Abgesehen davon bietet sich für den Völkerbund wieder einmal eine Gelegenheit, seinen Ruf zu verbessern.

England sucht zu vermitteln.

England, 8. Oktober.

Die Lage, wie sie durch die Ermordung des serbischen Generals Kovatschewitsch geschaffen worden ist, hat in London Aufregung hervorgerufen. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" rechnet mit der Möglichkeit, daß bei der Zusammenkunft zwischen Briand und Chamberlain in Paris außer laufenden Fragen, wie etwas das Tangerproblem und die Stellungnahme Frankreichs gegenüber Rußland, auch dieser neue Punkt besprochen worden sei. Denn es sei ganz gut denkbar, daß irgendeine Zuspitzung der Lage auf dem Balkan hinreichend Grund zur Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Völkerbundes abgeben könne, so wie es vor zwei Jahren gelegentlich des bulgarisch-griechischen Zwischenfalls der Fall war. Der Belgrader Korrespondent der „Times" berichtet, daß der englische Gesandte dort einen längeren Besuch bei der bulgarischen Gesandtschaft abgestattet habe.

Wie werben wir?

Ein Vorwort zur Werbewoche der Partei.

Von Hans Vogel.

Das kommende Jahr steht im Zeichen äußerst wichtiger Wahlen. Neuwahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften finden nicht allein in Deutschland statt, sondern auch in England, in Frankreich und in den Vereinigten Staaten Nordamerikas. In Deutschland wieder nicht nur zum Reichstage, sondern auch zum Preußischen und Bayerischen Landtage und anderen deutschen Länderparlamenten, wie auch zu kommunalen und sonstigen öffentlichen Selbstverwaltungskörperschaften. So kann das Jahr 1928 zu einem Schicksalsjahr nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen, ja der gesamten Weltpolitik werden.

In Deutschland werfen die Wahlen bereits breite Schatten voraus. Schon treten die Parteien mit Erklärungen, die auf die Wahlen zugeschnitten und auf die Beeinflussung der Wähler berechnet sind, an die Oeffentlichkeit. Für die Sozialdemokratische Partei soll die vom Parteivorstand und Parteiausschuß auf die Zeit vom 6. bis 13. November festgesetzte, sich einheitlich über das ganze Reich zu erstreckende Werbewoche den Auftakt zu den Wahlen bilden. Diese Werbewoche zu einer roten Woche zu gestalten und damit das rote Jahr 1928 vorzubereiten, ist nunmehr die Aufgabe unserer Organisationen, ihrer Leitungen und Funktionäre sowie der gesamten Parteimitgliedschaft. Freilich kann sich die Werbearbeit für die Partei und ihre Zeitungen nicht auf diesen kurzen Zeitraum von acht Tagen beschränken. Werbe-, Organisations- und Agitationsarbeit soll von allen, die sich Sozialdemokraten nennen, immerwährend, zu jeder Zeit und wo sich die Möglichkeit dazu bietet, geleistet werden. Während der Werbewoche soll unsere Propagandaarbeit nur komprimiert, die propagandistische Regsamkeit der Parteigenossen geweckt werden, sie soll durch die Einheitlichkeit der Aktion im ganzen Reiche eine ganz besondere Steigerung erfahren. Dabei für alle Bezirke des Reiches geltende Richtlinien aufzustellen, ist bei der Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen und politischen Struktur der einzelnen Landesteile, bei der großen Unterschiedlichkeit des Volkscharakters, der Berufsgliederung, des religiösen Bekenntnisses und mehr oder minder starken Dichtigkeit der Bevölkerung unmöglich. Man wird in Ostpreußen ganz anders zu Werke gehen wie im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in Bayern, Württemberg oder Baden wieder anders als in Berlin oder Hamburg. Das ist eben die Kunst der Funktionäre der Partei, sich in die Seele des Arbeiters und der Arbeiterin hineinzudenken, sie von der Seite und mit den Mitteln zu fassen, von der und mit denen sie am sichersten zu gewinnen und auch dauernd zu halten sind. Dazu ist allerdings notwendig, daß sie in der Organisation zu bewußt sozialistisch denkenden und bewußt sozialistisch handelnden Menschen erzogen werden, deren Interessen- und Erkenntniskreis sich nicht auf die Gegenwartsaufgaben beschränkt, sondern die auch von der Notwendigkeit der Verwirklichung unseres sozialistischen Endziels überzeugt sind.

Aus den in früheren Jahren durchgeführten Werbewochen liegen aber doch mancherlei Erfahrungen vor, die bei der Durchführung der kommenden Werbewoche allgemeine Beachtung verdienen. Vielfach hat sich die Werbearbeit nur auf die Orte beschränkt, in denen bereits Ortsgruppen der Partei bestehen. Wie wichtig es aber ist, auch in anderen Orten Stützpunkte zu schaffen und neue Parteimitglieder und ständige Bezieher für unsere Zeitungen zu werben, zeigen die folgenden Zahlen. Nach dem Statistischen Jahrbuch des Reiches für das Jahr 1926 gibt es in Deutschland 63 580 Gemeinden, die Partei aber verfügt nur in 8230 Gemeinden über eigene Ortsgruppen. Von der Gesamtzahl der Gemeinden entfallen 60 132 = 94,57 Proz. auf das Land. Es sind das Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern. Nur 3448 = 5,43 Proz. sind städtische Gemeinden. In den Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern wohnt fast die Hälfte der deutschen Bevölkerung. Aus alledem ergeben sich die großen Schwierigkeiten der Landagitation, die Zahlen bestätigen aber auch, wie dringend notwendig und intensiv sie betrieben werden muß.

Bei der vorjährigen Werbewoche wurden 52 241 Mitglieder, darunter 10 110 weibliche und 69 879 Abonnenten der Parteipresse gewonnen. Das Ergebnis, auch im Prozentverhältnis, weicht in den einzelnen Bezirken sehr weit voneinander ab, was wohl darauf schließen läßt, daß die Vorbereitungen nicht überall mit der gleichen Sorgfalt und Umsicht betrieben worden sind. Das Ergebnis könnte aber auch ein weit besseres sein, wenn sich auch die Parteimitglieder, die sich sonst an den parteioffiziellen Veranstaltungen, wie Flugblätterverteilen, Hausagitation usw. nicht beteiligen, in anderer Weise für die Partei und Presse betätigt hätten. In den Fabriken, Werkstellen, Schreib- und Nähstuben und anderen Arbeitsräumen, unter den noch nicht in unseren Organisationen stehenden, politisch indifferenten oder anderen Parteien angehörenden Arbeitskollegen und -kolleginnen sind dazu soviel Möglichkeiten gegeben, daß es dazu gar nicht erst einer besonderen Aufforderung oder eines eigenen Hinweises bedürfen sollte. Viel leichter und mit viel mehr Aussicht auf Erfolg wie die mühsame Hausagitation ist diese Werbung zu betreiben. — Von den Genossen auf dem Lande hört man immer wieder die Klage, daß gerade die Arbeiter vom Lande, die in den benachbarten Städten arbeiten, sich am meisten dem Beitritt zur Partei entziehen. Diesen Mitarbeitern sollen

unsere Genossen in den Betrieben ihre besondere Aufmerksamkeit widmen. Manche neue Verbindung und manch neuer Stützpunkt auf dem Lande kann dadurch der Partei gesichert werden.

Ganz besonders wichtig ist die richtige, verständnisvolle Werbung unter den erwerbstätigen Frauen und Mädchen. Gerade sie kann in den Betrieben viel wirksamer betrieben werden als auf irgendeine andere Weise. Sie ist um so notwendiger, als das Verhältnis der politisch organisierten Frauen zu dem der Männer in einem sehr großen Mißverhältnis steht, obgleich heute die Frauen die gleiche Möglichkeit wie die Männer haben, bei allen politischen Entscheidungen mitzubestimmen. Zum größten Teile sind die weiblichen Mitglieder der Partei die den Haushalt führenden Frauen von Parteigenossen, auf die im eigentlichen Erwerbsleben stehenden Frauen und Mädchen entfällt der geringere Teil. Sollte das Verhältnis nicht ein besseres werden, wenn die Männer besser verstehen würden, in der Arbeiterin nicht mehr die Konkurrentin, sondern die Gleiche unter Gleichen, die Klassengenossin zu erblicken und sie zur Kampfgenossin zu erziehen?

Heute glauben viele Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Pflicht der Arbeiterbewegung gegenüber schon dann voll erfüllt zu haben, wenn sie dem Reichsbanner oder einem der verschiedenen Arbeitersportvereine angehören. Meist handelt es sich dabei um jüngere Leute, die der Partei als Nachwuchs so not tun. Die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Vereinigungen soll durchaus nicht bestritten werden. Ueberallen aber muß auch für die jungen Arbeiter und die junge Arbeiterin die Partei stehen, die für die anderen genannten Organisationen erst die Existenzmöglichkeit geschaffen hat und auf deren Hilfe sie auch heute immer noch angewiesen sind. Auch hier findet sich für den parteigenössischen Reichsbannerkameraden und Arbeitersportler reichlich Gelegenheit zur Werbung für die Partei. Es braucht das durchaus nicht bei den offiziellen Veranstaltungen seiner Korporationen geschehen, wohl aber im geselligen Verkehr mit seinen Kameraden und Sportgenossen.

Bei der Werbung wird den Arbeitern gegenüber, die bisher weder Mitglied der Partei noch Leser der Parteizeitung sind und nicht gleichzeitig für beide zu gewinnen sind, der größere Wert darauf zu legen sein, ihn als Bezieher der Zeitung zu gewinnen, weil damit die bessere Sicherung für die dauernde Beeinflussung im Sinne unserer Partei gegeben ist und damit auch die sichere, wenn auch spätere Gewinnung als Mitglied der Partei.

Zuletzt noch eine andere, scheinbar nebensächliche, in der heutigen Zeit der Massenwirkung aber doch nicht zu unterschätzende Aufgabe der Parteigenossen. Während der Werbewoche sollte es von jedem Parteimitglied mehr noch als sonst als etwas ganz Selbstverständliches empfunden werden, das Parteiabzeichen sichtbar am Rocke zu tragen und überall, wo sich ihm dazu die Möglichkeit bietet, auf der Fahrt zur Arbeit, während der Arbeitspausen usw., die Parteizeitung zu lesen und wenn er sie schon in der Tasche trägt, dann in der äußeren und sichtbar mit dem Kopfe nach außen. Das ist eine sehr billige, zugleich aber auch wirksame Propaganda für die Partei und ihre Presse.

Um es noch einmal zu unterstreichen: Die Tage vom 6. bis 13. November müssen von den Parteimitgliedern, den Genossinnen und Genossen, zu einer roten Woche gestaltet werden. Wird sie richtig vorbereitet und durchgesetzt, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben und mit ihm wird vorbereitet und verwirklicht werden ein rotes Wahljahr 1928.

Erster Hindenburg-Spenden-Prozeß. Der Leiter der Hindenburg-Spende, Ministerialrat Dr. Karstedt, hat wegen der in der „Roten Fahne" am 5. und 6. Oktober d. J. unter den Ueberschriften „Hindenburg-Spende nur für Offiziere" und „Der Schwindel der Hindenburg-Spende" veröffentlichten Notizen Strafantrag gegen den zuständigen Schriftleiter des Blattes gestellt.

Schaukelparteien.

Volksparteiliche Abrechnung mit der Wirtschaftspartei.

Es ist erst ein paar Dutzend Jahre her, als ein politisches Spottgedicht die Nationalliberale Partei und ihre parlamentarische Praxis in folgenden Worten kennzeichnete:

„Der eine saß, der andere stand, der dritte fehlte wieder,
Das ist der Nationalverband — stimmt an das Lied der Lieder!"

Heute nennen sich die Nationalliberalen „Deutsche Volkspartei". Ihr offiziöser Zeitungsdienst hat den Namen „Nationalliberale Korrespondenz" behalten. Dieses Organ bringt nun eine hübsche Abrechnung mit der Wirtschaftspartei, die an das längst verhallte Lied erinnert. Da heißt es:

Ein typisches Beispiel für die in der Wirtschaftspartei bestehende Zerfahrenheit war die Abstimmung im Reichstag über Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Bei sechs namentlichen Abstimmungen nahm die Fraktion folgende Haltung ein:

Erste Abstimmung: 11 ja, 9 nein, 0 enthalten.
Zweite Abstimmung: 18 ja, 1 nein, 1 enthalten.
Dritte Abstimmung: 0 ja, 19 nein, 1 enthalten.
Vierte Abstimmung: 7 ja, 11 nein, 0 enthalten, 2 überhaupt nicht abgestimmt.
Fünfte Abstimmung: 0 ja, 8 nein, 10 enthalten, 2 überhaupt nicht abgestimmt.
Sechste Abstimmung: 0 ja, 0 nein, 19 enthalten, 1 überhaupt nicht abgestimmt.

Das war also die Entscheidung der Gesamtfraktion einschließlich der Bayerischen Bauernbündler und der Welfen. Aber auch die Abstimmung der elf ausgesprochenen Wirtschaftsparteiler hatte ein eigenartiges Ergebnis. Sie stimmten:

Erste Abstimmung: 2 ja, 9 nein.
Zweite Abstimmung: 10 ja, 1 nein.
Dritte Abstimmung: 0 ja, 1 nein, 10 enthalten.

Dieses eine Beispiel zeigt wohl mit aller Deutlichkeit, welch unzuverlässiger politischer Führer die Wirtschaftspartei für ihre Wähler ist.

Das jammervolle Gebilde der Wirtschaftspartei kann in der Tat nicht besser beleuchtet werden. Aber warum schweifen die Nationalliberalen in so entlegene Ferne? Sind nicht ihre treuesten Bundesbrüder, die Deutschnationalen, gleiche Musterexemplare von politischer Unwahrhaftigkeit und Inkonsequenz? Oder muß man noch an den Sparbetrug, an die Schaukelpolitik bei der Annahme des Dawes-Plans, an den Verfassungseid deutschnationaler Minister und an die Richtlinien erinnern?

Selbst innerhalb der Deutschen Volkspartei ist es ja um nichts besser. Hat nicht diese Partei sich — ohne daraus irgendwelche Konsequenzen zu ziehen — freudig bei der Schulvorlage im Kabinett überstimmen lassen, um dann mit in den Kampf gegen das von ihren Ministern geduldete Gesetz auf Stimmenfang für die nächsten Wahlen auszuziehen?

Gleiche Brüder — gleiche Kappen. Wenn irgendwo, so gilt hier dieses Wort. Amüsierlich ist dennoch, wie die traditionellen Hüter bürgerlicher Schaukelpolitik klagen, wenn ihnen von ihren Freunden darin Konkurrenz gemacht wird!

Wer gefährdet den Schulfrieden?

Keudell dreht den Spieß um.

Der Reichsinnenminister v. Keudell verteidigte in einer Rede auf einer Kundgebung des Deutschnationalen Lehrerbundes die Mißgeburt seines Schulgesetzentwurfes. Er verstieg sich dabei zu der Aeußerung: dem Schulfrieden diene es nicht, wenn der Kampf in jedes Dorf hineingetragen werde. Damit soll wohl der Anschein erweckt werden, als ob die Gegner des Reichsschulgesetzes den Schulfrieden störten. In Wirklichkeit aber, und das muß eindeutig festgestellt werden, ist nach dem einhelligen Urteil der nicht ausgesprochen konfessionellen Lehrervereine und auch aller übrigen unbefangenen Kreise es gerade der Keudellsche Entwurf gewesen, der diesen Kampf entfesselt hat und der auch, falls er zum Gesetz wird, dauernde Auseinandersetzungen innerhalb der Gemeinden über die Schulfrage bringen muß.

Wenn also jemand den Schulfrieden stört, dann ist es Herr v. Keudell selbst mit seinen treuen Beratern. Wenn er nun den Spieß umzudrehen sucht, so beweist das nur, daß ihm diese Tatsache, die er voraussehen konnte, nur allzu unbequem ist.

*

Die Reichsratsausschüsse werden am Mittwoch die zweite Lesung des Schulgesetzentwurfes abschließen. Am Freitag wird das Plenum des Reichsrates die Vorlage erledigen und noch am selben Tage oder tags darauf die Reichsregierung sich darüber entscheiden, ob eine Doppelvorlage an den Reichstag gemacht werden soll oder die Vorschläge des Reichsrates in den Entwurf hineingearbeitet werden. Den Zusammentritt des Reichstages zu Beginn der übernächsten Woche steht also nichts im Wege.

---

v. Tresckow gegen Major a. D. Badicke.

Verrufserklärung der Großgrundbesitzer gegen v. Tresckow

Unberührt von der Zeitgeschichte führt die Adelskaste trotz Revolution und Weimarer Verfassung ihr Herrendasein auf dem Lande. Wehe dem Standesgenossen, der aus der Reihe springt, der von den traditionellen politischen Ansichten irgendwie abweicht. Was das bedeutet, mußte Herr Hasso v. Tresckow auf Schmarsendorf erleben, der heute als Privatkläger den Verleumder seiner Ehre, den Major a. D. Badicke vor das Amtsgericht Berlin-Mitte zitiert hat.

V. Tresckow, Komtur des Jungdeutschen Ordens in der Ballei Königsberg, hatte sich Anfang 1926 geweigert, an der Aufstellung illegaler Formationen teilzunehmen. Auf seine Veranlassung hin hatte der militärische Sachverständige des Jungdeutschen Ordens, Generalleutnant a. D. Salzenberg, beim Reichswehrministerium angefragt, ob Major a. D. Badicke und der Leutnant der Reichswehr, Preuß, wirklich beauftragt seien, die Formationen aufzustellen.

V. Badicke erfuhr von den im Reichswehrministerium angestellten Nachforschungen, und das Ende vom Liede war, daß die Großgrundbesitzer der Neumark v. Tresckow einen Revers zur Unterschrift vorlegten, laut dem er sich bereit erklären sollte, sofort aus dem Jungdeutschen Orden auszutreten und auch jede äußere und innere Gemeinschaft mit der derzeitigen Führung des Jungdeutschen Ordens aufzugeben. Als v. Tresckow sich weigerte, diesen Revers zu unterschreiben, erklärte ihn die Großgrundbesitzerversammlung vom 31. Januar d. J. in Acht und Bann. In dem Beschluß hieß es, daß von nun an jeglicher Verkehr des Herrn Hasso v. Tresckow-Schmarsendorf abzubrechen und jede gesellige Veranstaltung, in der Herr v. Tresckow erscheinen würde, zu verlassen sei.

Bekanntlich hat an dem Zustandekommen dieses Boykotts auch der damalige Landrat des Kreises Königsberg in der Neumark, der jetzige Reichsinnenminister v. Keudell, teilgenommen. Als dem Herrn v. Keudell dies von der Tribüne des Reichstages vorgeworfen wurde, hatte der Reichskanzler Marx ihn in Schutz genommen und von grobem Vertrauensbruch des Herrn v. Tresckow gesprochen. Dies zur Vorgeschichte des äußerst interessanten Prozesses, der am frühen Nachmittag beginnt.

Die Gerichtsverhandlung wird um 1 Uhr eröffnet. Der beklagte Major a. D. Badicke wird von Rechtsanwalt Hahn, der Privatkläger von Tresckow durch Rechtsanwalt Kuntze vertreten. Als Zeugen sind erschienen: der Rittergutsbesitzer v. Sydow, der Rittergutsbesitzer M. d. R. von der Osten-Warnitz, Leutnant der Reichswehr Preuß, Leutnant v. d. Lancke, Ordenskanzler Bornemann, Generalleutnant a. D. Salzenberg, Rittergutsbesitzer Fink v. Finkenstein, Hauptmann a. D. v. Humbert und der Vater des Klägers Herr v. Tresckow. Reichsminister v. Keudell ist nicht erschienen, weil er dienstlich verhindert sei

Der Richter rät einen Vergleich an. Der Beklagte, Major a. D. Badicke lehnt ihn ab und erklärt sich bereit, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. — Das Gericht tritt darauf in die Beweisaufnahme ein.

Ein Antrag Badickes, die Oeffentlichkeit auszuschließen, wird zunächst zurückgestellt.

„Justiz" von Galsworthy.

Aufführung in Künstlertheater.

Das Stück schlechter als schlecht, die Tendenz besser als gut: Ein Advokatschreiber hat es nicht vertragen, daß die Geliebte seines hochanständigen Herzens von ihrem Ehemann widerwärtig verprügelt wird. Es verbindet den Schreiber und die Frau übrigens eine Liebe, die nur auf Aufopferung des braven und ernsten Jungen beruht. Das wird vor Gericht ausdrücklich durch Zeugenaussage bestätigt. Der Schreiber fälscht einen Scheck, ein paar Pfund, damit die Frau mit ihren Kindern fliehen kann. Drei Jahre Zuchthaus für den Schreiber. Hornochsen von Geschworenen, eine Kanaille von Staatsanwalt, ein auf den toten Buchstaben versessenes Richterkollegium. Gefängniskoller des Schreibers in der Einzelhaft, Polizeiaufsicht nach der Strafverbüßung. Der Zuchthäusler könnte verrecken, niemand dem Vorbestraften mehr traut. Als der alte Chef es noch einmal versuchen will, hat der Schreiber aus Not schon ein Zeugnis gefälscht. Neues Zuchthaus droht für den Rückfälligen. Die geliebte Frau hat es längst vorgezogen, auf die sogenannte ehrliche Arbeit zu verzichten, und aus sich ein Liebesunternehmen für mehrere gutsituierte Herren zu machen. Der Schreiber entwischt, mit dem Kopf nach vorn, aus dem Fenster oder übers Geländer. Gebrochenes Genick.

Juristen, die in England noch bornierter sein sollen als in unserer Republik, mögen in sich gehen. Das abschreckende Beispiel von der mordenden Justiz kann nicht laut genug angeprangert werden. Wer eine Feder und ein Herz hat, soll es in Leitartikeln und Volksversammlungen und Parlamenten tun. Galsworthy, der den himmelschreienden Fall auf die Bühne bringt, kämpft gegen die Justiz ehrlich, agitatorisch, sogar nützlich. Trotzdem kommt sein Theaterstück nicht über die gröbste Kinowirkung hinaus. Man weiß von vornherein, wie alles kommt. Der Dramatiker hält das ganze Parkett für einen Bund der Esel und Gesinnungslumpen. Obwohl alle Tendenz für das Stück spricht, spricht jede Szene gegen den Theatertalt des Dramatikers. Er gibt nur aufgeblasene Binsenwahrheiten. Ein einziger Mann im Stücke versöhnt, ein Bureauvorsteher, der auch die edlen Motive des Schreibers erkennt und nun wie das mahnende Gewissen durch die Akte wandert. Diesen herrlichen Menschenfreund spielt Karl Goetz still, einfach, rührend, wundervoll gemessen. Da die Welt aber nicht nur schwarz oder weiß ist, sondern tausendfach kompliziert, bleibt das Parkett während des ganzen Theaterabends klüger als der gütige Bureauvorsteher. Die Gerechtigkeit ist eben mehr als ein Theaterstoff, sie muß Blutstoff des Dramatikers sein. Dann kommt ein besseres Theaterstück heraus. Auch eine bessere Regie. Die Regie arbeitet ganz im Sinne Galsworthys, mit Drehbühnenlärm und Tricks, die zum Kolportagefilm passen. Es soll ein aufregender Abend sein, es ist aber nur langweilig, da die Spannung überspannt ist. Ernst Deutsch spielt den braven, armen Jungen als treuester Vasall des Dichters. Man muß gestehen, daß er die Grobschlächtigkeit des Stückes überwindet und die schlimmsten Sketchmomente seelisch verinnerlichen wollte.

* Max Hochdorf.

Ein Domela-Lustspiel. Das nenne ich prompt arbeiten. Das Gelächter über den falschen Hohenzollernprinzen Domela ist noch nicht verstummt und schon steht seine famose Köpenickiade auf der Bühne: „Höhensonne", Lustspiel in drei Akten von Ludwig Fulda. Uraufführung im Theater am Kurfürstendamm. Der Friseurgehilfe Wuttke aus Pasewalk läßt sich als Sohn des abgedankten Großherzog feiern und schüttet seine prinzliche Huld über die Honoratioren der Provinzstädtchen, den Autofabrikanten, den Juwelier, den Bürgermeister. Alle liegen sie vor ihm auf dem Bauch und lassen sich von den Strahlen der prinzlichen Höhensonne wärmen. Unsere nachschwige Republik bekommt manchen satirischen Seitenhieb ab, schwarzweißrotgold, die Fürstenabfindung, die Servilität, die unsere Zeitgenossen ach so gern wieder betätigen möchten. Ludwig Fulda hat sich also auf den Boden der Tatsachen gestellt. Er kommt uns stramm republikanisch. So wie er das auffaßt. Da gibt es noch ein Liebesspiel zwischen Marlene, der Tochter des Autofabrikanten, und Herrn Burger, seinem Sekretär. Himmel, ist das romantisch! Die beiden verkörpern die neue Zeit. Obwohl sie von Hause aus reich sind, wollen sie ihren Lebensunterhalt durch eigener Hände Arbeit verdienen, der selige L'Arronge wird im Grabe vor Freude hüpfen. „Mein Leopold" ist unsterblich. Und denken sie: dieser Herr Burger ist in Wahrheit der richtige Prinz. Sagt es aber keinem. Furchtbar anständig. Die wahre Noblesse findet man eben bloß bei Hochgeborenen. So macht Dr. Ludwig Fulda, prominentes Mitglied der preußischen Dichterakademie, in Gesinnung. Revolution am Kurfürstendamm. Es lebe der Kitsch! Ralph Arthur Roberts schnarrt und näselt famos den falschen Gardeprinzen. Arthur Schröder ist ein unendlich vornehmer, fast leutseliger Herr Burger, Roma Bahn eine sehr energische Haustochter und Eugen Burg ein jovialer Exgroßherzog. Das Publikum ist begeistert.

dgr.

Zweiter Abend der Italiener im Renaissance-Theater. So bereitwillig man im Stargastspiel die Bombenrolle auf Kosten des dichterischen Wertes gelten lassen wird; es ist schon etwas Schlimmeres, wenn uns Emma Gramatica in ihrem fortgesetzten Gastspiel noch die Dumassche „Kameliendame" zumutet. Davor hat die Bourgoisie aus drei Generationen Tränen vergossen! hat sich so edel und menschlich gefühlt, wenn sie in käuflicher Liebe (notabene nicht unter 100 000 Franken mit dem dazugehörigen Apparat) das „Herz" entdeckte und freigiftig verherrlichte. Denn es geschah ja zu ihrer eigenen Ehre; denn die Verworfene beugte sich ja vor der strahlenden Unschuld des kirchlichen Myrthenkranzes und allen Tugenden der vornehmen Bagage. Kitsch, schön! Ein schöpferischer Darsteller kann aus Kitsch Menschlichstes aufglänzen lassen; aber zu solch perfider Verlogenheit gehört auch ein Stück menschlich-schauspielerischer Unechtheit, um überhaupt an eine derartige Rolle herangehen zu können. Die Gramatica gab denn auch schönstes Sarah-Bernhard-Theater, ersparte uns kein Symptom der Schwindsucht bis zum Glanzstück des Verscheides in allen Registern, wobei anerkannt sei, daß die Leistung an sich von hoher Virtuosität war. Aber das ist, auch in Italien, altes Theater: Memmo Benassi, der männliche Partner, stand ihm wie die verkörperte Jugend gegenüber. Nicht ein falscher Ton (wer etwa in der dramatisch pathetischen Steigerung ursprüngliche Natur verkannte, verkennt die Natur des Romanen), dabei die Rolle im Aufbau mit weisester Oekonomie von leiser Zurückhaltung bis zum prachtvoll losbrechenden Ausbruch gesteigert. Das Gastspiel hätte — wenigstens diesmal — nach ihm heißen dürfen. Neben den beiden Hauptdarstellern noch die Kammerfrau der Pufi, in ihrer Unscheinbarkeit von feiner künstlerischer Diskretion. Uebrigens sollten sich unsere Regisseure die Aufführung um des gesellschaftlichen Zusammenspiels willen ansehen. War es ausgeprobteste Arbeit, wer es nur glückliche Natur: eine Konversation wie in der Tischszene, durcheinander und Schlag auf Schlag, erinnert man sich auf einer deutschen Bühne nicht erlebt zu haben.

Dr. Kuckhoff.

Russisches Kabarett im Piscator-Theater. Der Beifall, den die russisch-proletarische Kleinkunstbühne „Die Blauen Blusen" im Theater am Nollendorfplatz fand, war sehr stark. Wem aber galt er? Von der sicherlich geringen Minderheit im Publikum, die auch hier nur den sowjetrussischen-kommunistischen Ideen zujubelte, kann man absehen. Die Schar derer, die grundsätzlich in allem Ausländischen eine Sensation sieht, der sie zustimmt, war sicher ebenfalls bei dieser Veranstaltung vertreten. Außerdem gab es zahlreiche Russen, die, im Grunde unpolitisch, in den Darbietungen der „Blauen Blusen" nichts anderes als ein Stückchen Heimat sahen, das sie grüßten. Der einstimmige laute Beifall aber wäre mit all dem nicht zu erklären. Die Mehrheit spendete ihn der Idee des aktuellen politischen Kabaretts. Mehr als eine Idee von solchem Kabarett, darüber muß man sich klar sein, konnten die „Blauen Blusen" nicht geben. Denn was sie auf die Bühne brachten, war das Rußland von heute in sowjetrussischer Perspektive und in eindeutigen, für die Provinz bestimmten Umrissen. Aber es war fanatischer Ernst, der hier Banalstes wie Wesentlichstes in lustiger Form brachte, und der auf seine Weise bemüht war, lachend seine Wahrheit zu sagen. Und weil man sich vorstellen konnte, wie wichtig, wie wertvoll und auch wie vollkommen eine Kleinkunstbühne wäre, die, deutsch — oder westeuropäisch — und großstädtisch orientiert, eine erwachsene, aber in ihren Proportionen ebenso wohlgebildete Schwester des russischen Provinzkabaretts darstellte, deshalb wurde der Beifall so echt und ehrlich.

Tes.

Uraufführung der Oper „Das Wunder der Heliane" von Korngold. Im Hamburger Stadttheater erlebte die neueste Oper Erich Korngolds, „Das Wunder der Heliane", drei Bühnenbilder von Hans Müller nach Kalteneckers Mysterium „Sieg des reinen Herzens", ihre Uraufführung. Korngold hat dazu eine glänzend instrumentierte Musik geschrieben. Der Erfolg des vom Intendanten Leopold Sachse mit großer Sorgfalt inszenierten Werkes war von Generalmusikdirektor Egon Pollack mit Schwunge begleiteten Werkes war außerordentlich groß. Der Komponist wurde stürmisch gefeiert und zusammen mit den Hauptdarstellern Marie Hussa (Heliane), Rudolf Bockelmann (Herrscher) und Karl Günther (Fremder) unzählige Male hervorgerufen.

Erstaufführungen der Woche. Montag: Renaissance-Theater: Ital. Gastspiel; **Dienstag:** Wallner-Theater: Andreas Hofer; **Mittwoch:** Renaissance-Theater; Giovanni und Annabella; **Freitag:** Schauspielhaus: Die Wupper; Lessing-Theater: Schinderhannes.

Ludendorffs Judendenkmal.

Die zehn Schwerter Jehovas.

Den Verstockten, die es immer noch nicht glauben wollen, bildet die „Deutsche Wochenschau" vom 2. Gilbhards 1927 (für Deutschredende: der Oktober ist gemeint), den Hauptturm des Tannenbergdenkmals ab, auf dem die zehn Schwerter Jehovas zu sehen sind, die der jüdisch verseuchte Denkmalsausschuß statt eines großen Ordensritterschwertes hat anbringen lassen. Verraten wird auch, wie diese zehn kabbalistischen Zeichen heißen: Kether, Binah, Chokmah, Geburah, Rachamin, Gedulah, Hod, Hesod, Nezach und Maikuth. — Uns packt Grauen!

Noch entsetzlicher aber ist folgendes: Vor uns liegt eine sehr deutliche Abbildung des gleichen Turmes in Nr. 461 der streng nationalen „Berliner Börsenzeitung". Und siehe da: auf dieser Abbildung hat der mysteriöse Turm nur neun Schwerter! — Was ist hier geschehen? Sicherlich steht die Börsenzeitung (Börse ist immer verdächtig!) unter jüdisch-freimaurerischer Leitung und hat in schlotternder Angst vor Ludendorffs Enthüllungen ein Schwert fortgelassen. Oder sollte es etwa umgekehrt sein? Hat freimaurerische Zauberkunst Ludendorff ein Schwert zuviel erblicken lassen. Beinahe möchte man's glauben. Denn das zehnte Schwert im Bild der „Deutschen Wochenschau" macht einen so merkwürdig unechten Eindruck. Bei den Freimaurern kann man nie wissen. Sie halten's frei nach Goethe:

„Du mußt verstehn
aus neun mach' zehn!"

Was bei Ludendorff, Mathilde v. Kemnitz und der „Deutschen Wochenschau" natürlich ausgeschlossen ist!

*

Nach Mitteilung des „Münchener evangelischen Gemeindeblattes" hat Ludendorff seinen Austritt aus der evangelischen Kirche erklärt.

Offenbar plant der große Stratege die Wiedereinführung des germanischen Wodankultes mit Pferdebraten. Denn an einen Uebertritt zu den Jesuiten oder zum Judentum vermögen wir nicht zu glauben.

Thüringer Justiz.

Keine Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Frieders.

Weimar, 8. Oktober. (Eigenbericht.)

Dem Oberstaatsanwalt Dr. Frieders ist am Sonnabend morgen die Verwerfung des Wiederaufnahmeverfahrens von der Strafkammer Weimar zugestellt worden. Frieders Antrag hat 12 Wochen bei der Strafkammer gelegen. Die Ablehnung ist summarisch und ohne jede Beweisaufnahme erfolgt. Frieders hat gegen die Entscheidung sofort Beschwerde erhoben.

*

Das Vorgehen der Thüringer Justiz stellt eine Ungeheuerlichkeit dar. Erst läßt man den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens monatelang liegen, obwohl es sich dabei um die Wiederherstellung der beruflichen und persönlichen Ehre eines hohen Beamten der Justiz handelte, der neue wichtige Beweismittel dafür erboten hat, daß seine Verurteilung wegen Meineids ein Fehlspruch war. Dann, nachdem das Gesuch solange unerledigt blieb, fertigt man es ohne Beweiserhebung ab! Und das trotz des lebhaftesten Protestes der Oeffentlichkeit gegen das Unrecht, das Frieders zugefügt wurde. Die Thüringer Justiz verstärkt damit den Eindruck, daß sie aus politischen Gründen die Wiederaufnahme des Verfahrens verhindern will.

Eine drollige Werbewoche!

Bei den Charlottenburger Deutschnationalen.

Zweck der Uebung: Deutschnationale Werbewoche im Kreisverein Charlottenburg.

Szene: Eine kleine Schulturnhalle, die bei Beginn der Kundgebung noch nicht zur Hälfte gefüllt ist. Langsam tröpfeln weitere Besucher.

Anwesenheitsliste: Viele ältere Frauen, etliche gehobene Handwerksmeister und mittlere Beamte, aber fast gar keine Angehörigen der sogenannten „besseren Gesellschaft", Majore, Pastöre usw. — die kommen zu so was nicht! — doch natürlich auch kaum ein einziger Arbeiter!

Vorspiel: Zwei deutschnationale Frauen sprechen über den Hindenburgtag. „Herrlich, die schönen Fahnen von all unseren Verbänden!" . . . „Aber das viele schmierige Schwarzrotgelb dazwischen." . . . „Ja, die sind eben nicht zu belehren." . . . „Die blödsinnigen Arbeiter würden sogar hungern für ihren dummen Sozialismus." (Das ist aber wörtlich!)

Zur Sache! Es sollte sprechen Herr Landwirtschaftsminister Schiele. Er muß von den bisherigen Erfolgen seiner Charlottenburger Parteifreunde gehört haben und blieb fern. So kamen noch geringere Geister zu Wort. Da war der Landtagsabgeordnete Kimbel, der u. a. von dem „Ballastsozialer Fürsorge" sprach, unter dem wir leiden. Außerdem sagte er, daß seit 1918 die Politiker den Kopf verloren hätten. Meinte er damit den Bürgerblock? In der Republik werde die Zeit in Spielereien vertändelt. Das bezog sich wohl auf Stahlhelm- und Kyffhäuserparaden. Die Sozialdemokratie habe sich vorgenommen, das gesamte Volk zu politisieren, und das sei ihr nach seiner Ansicht restlos gelungen. Bei den Besuchern dieser Versammlung hatte man diesen Eindruck nicht. Kimbel ist der Ansicht: Je weniger Politik, desto besser! Das kann man ihm angesichts seiner Wählerschaft nachfühlen.

Nach ihm sprach ein deutschnationaler Stadtverordneter und betätigte sich als Wiederkäuer. Eine riesengroße Chrysantheme im Knopfloch war das einzig Bemerkenswerte an ihm. Von Geist keine Spur!

Ein Proletarier, der in seinen Ueberzeugungen irre zu werden fürchtet, besuche diese Charlottenburger Werbewoche; dort wirbt man nämlich unfreiwillig für die Sozialdemokratie.

Wichtigste Ankündigung des Vorsitzenden: Nächste Woche große Kaffeetafel der deutschnationalen Frauen. Kaffee und Kuchen frei. Auf, auf, ihr Germaninnen!

Der angeduselte Landgerichtsrat suspendiert. Amtlich wird mitgeteilt, daß Landgerichtsrat Gelin-Breslau, der vor einiger Zeit in einem Breslauer Weinlokal in Anwesenheit des demokratischen Landtagsabgeordneten Hermann einen das „Berliner Tageblatt" lesenden Gast beschimpft und den dazwischen tretenden Abgeordneten Hermann ebenfalls beleidigt hatte, nunmehr vom Amt suspendiert worden ist.

Stresemann hat erst heute mittag dem Reichskabinett Bericht über Genf erstattet. Offenbar hatte er es diesmal nicht so eilig, seine Ministerkollegen über die deutschen „Erfolge" in Genf zu informieren.

Der Entwurf eines preußischen Besoldungsgesetzes, der in seinen wesentlichen Einzelheiten bereits bekannt ist und weitgehend auf die besondere Lage der preußischen Beamten Rücksicht nimmt, ist dem **Landtag zugegangen.**

Der Verwaltungsaufbau Berlins.

Zwei Entwürfe zur ungeeigneten Zeit.

Der Magistrat hat nunmehr die bereits seit langem angekündigten Vorschläge für eine Neuorganisation der Verwaltung Groß-Berlins der zuständigen Deputation der Stadtverordnetenversammlung zugehen lassen. Er legt zwei Entwürfe vor, die beide eine Vereinfachung und damit zugleich eine Verbilligung der Verwaltung zum Ziel haben, in ihren Einzelheiten aber sehr wesentlich voneinander abweichen. Es ist kein Geheimnis, daß jeder von ihnen seinen „geistigen Vater" innerhalb des Magistrats hat, und so werden die Entwürfe auch durch den Oberbürgermeister und den Stadtsyndikus vertreten. Gemeinsam ist beiden Entwürfen eine

Verminderung der 20 Verwaltungsbezirke

auf acht oder zehn. Hierbei soll ein den Kern von Alt-Berlin umfassender großer Innenbezirk geschaffen werden, der augenblicklich nicht weniger als 768 000 Einwohner zählen würde. Die übrigen Verwaltungsbezirke sollen strahlenförmig von hier ausgehen, wobei die natürlichen und verkehrlichen Grenzen ebenso wie die geschichtlich gegebenen nach Möglichkeit respektiert werden sollen. So soll beispielsweise bei dem Vorschlag von acht Bezirken Charlottenburg, Spandau, Tiergarten, ebenso im Osten Neukölln, Treptow-Köpenick zu einem Bezirk zusammengelegt werden.

In den eigentlichen Verwaltungsvorschlägen gehen beide Entwürfe sehr verschiedene Wege. Der erste will die

Bezirkskörperschaften völlig beseitigen

und ein reines Unterordnungsverhältnis zwischen den zentralen Verwaltungen und den Dienststellen in den Bezirken schaffen. Es wird erhofft, daß sich dadurch sowohl die Reibungsflächen innerhalb der Verwaltung beseitigen lassen wie auch, daß die Doppelarbeit vermieden werden wird, die bis zu einem gewissen Grade jetzt unvermeidlich ist. Die Verwaltungsführung im Bezirk übernimmt nach diesem Entwurf ein vom Oberbürgermeister bestimmtes Magistratsmitglied, dem die Disziplinargewalt und das Anstellungsrecht für sämtliche Beamte des Bezirks verliehen werden soll. Neben ihm steht ein „Verwaltungsausschuß", der eine Art Deputation darstellt.

Der zweite Entwurf beseitigt nur die Bezirksversammlung,

organisiert die Bezirksämter nach dem bayerischen Stadtratssystem und unterstellt sie dem Magistrat. Es werden 20 bis 30 unbesoldete Bezirksstadträte gewählt, die sich selbst einen besoldeten Vorsitzenden, eventuell auch noch weitere besoldete Stadträte wählen. Auch hier sollen durch die Unterstellung der Bezirksämter unter den Magistrat Reibungen und Doppelarbeit tunlichst ausgeschaltet werden. Der Entwurf hat den Vorzug, daß er mit dem gegenwärtigen System der Bezirksverfassung nicht völlig bricht und der Bevölkerung des Bezirks einen größeren Einfluß auf die Wahl der führenden Persönlichkeiten gewährt.

Die sozialdemokratische Fraktion des Rathauses hat allen diesen Reorganisationsbestrebungen gegenüber ihre Stellung seit langem festgelegt. Sie verkennt durchaus nicht, daß das Gesetz Groß-Berlin als ein ganz neuartiger Versuch, seine Mängel haben mußte, die sich erst in einer jahrelangen praktischen Erfahrung herausstellen können. Sie glaubt, daß

der Zeitpunkt für eine Umgestaltung des Gesetzes noch nicht gekommen

ist, weil die Spanne nicht ausreicht, um mit Sicherheit neue Vorschläge machen zu können. Zu Experimenten aber ist die jetzige Zeit alles andere als geeignet. Es geht nicht an, so grundlegende Veränderungen durchzuführen, mit der sicheren Aussicht, in einigen Jahren auf Grund der inzwischen gesammelten weiteren Erfahrungen abermals ändern zu müssen. Es ist kein Zweifel, daß die sozialdemokratische Fraktion diesen ihren Standpunkt auch in der Deputation vertreten wird. Einer Beratung von Vorschlägen steht natürlich nichts im Wege, da sie sicherlich wertvolles Material für die künftige Neugestaltung der Berliner Verwaltung enthalten. Eine Entscheidung aber wird erst fallen können, wenn eine längere Erfahrung zur Verfügung steht, als dies bis jetzt möglich ist.

Die Bluttat in Schmargendorf.

Das Motiv völlig ungeklärt.

Die furchtbare Bluttat des Schriftstellers Hermann Georg Scheffauer, der, wie wir in unserer Morgenausgabe berichteten, in seiner Wohnung Cunostr. 48 zu Schmargendorf, seine 28jährige Sekretärin Katharina von Meyer nach einem heftigen Kampf durch einen Herzstich tötete, und nach der Tat durch einen Sprung aus dem Küchenfenster Selbstmord verübte, ist noch immer völlig ungeklärt. Es wird auch, da sich bei der polizeilichen Durchsuchung der Papiere und letzten Arbeiten Scheffauers keine Anhaltspunkte für das Motiv ergaben, kaum möglich sein, Licht in das Dunkel der Tragödie zu bringen.

Die Getötete, die neben den schriftlichen Arbeiten auch zum Teil den Haushalt führte, geriet in der Küche, nicht wie zuerst mitgeteilt wurde, im Arbeitszimmer Scheffauers, aus einem unbekannten Grunde in einen Streit, in dessen Verlauf Sch. ein Tranchiermesser ergriff und auf sein Opfer einstach, das von einem Stich ins Herz getroffen tot zu Boden sank. Die Schnittwunden an den Händen sind bei der Abwehr entstanden. Als der Täter sah, was er angerichtet hatte, brachte er sich selbst eine schwere, aber nicht lebensgefährliche Halswunde und mehrere Brststiche bei und stürzte sich auf den Hof hinab. An den Folgen des Sturzes verstarb er auf dem Wege ins Wilmersdorfer Krankenhaus.

Nach Ansicht der Aerzte, die Scheffauer jetzt und früher behandelten, scheint er die Tat in einem Anfall von plötzlicher geistiger Umnachtung begangen zu haben. Außerdem verlautet, daß Scheffauer bereits vor Jahren einen geistigen Zusammenbruch erlitten hat.

Kommunistische Ehrung für Hindenburg.

In der letzten Bezirksversammlung des Bezirks Schöneberg hatten die Kommunisten bei der Besprechung eines Antrages über die Hindenburg-Feier Hindenburg eine seltene Ehrung bereitet. Die Kommunisten hatten zunächst einen Redner vorgeschickt, der im Stile der Artikel der „Roten Fahne" gegen den Hindenburg-Rummel loslegte. Als Bürgermeister Berndt den Kommunisten darauf eine Antwort gab, schickten diese noch einen Redner vor. Zur Ueberraschung aller Bezirksverordneten stellte dieser fest, daß sie **Hindenburg nicht beleidigen wollten, und seine Verdienste für das Vaterland anerkennen.** Der Mann hatte ganz Recht: Darum hat ja die KPD. auch auf ihre Art dafür gesorgt, daß Hindenburg Reichspräsident wurde. Wir werden es bald erleben, daß die Reden von Kommunisten in den deutschnationalen Blättern als vorbildliche „patriotische" Aeußerungen wiedergegeben werden...

Selbstmord eines Buchmachers.

In seinem Wettbureau am Alexanderplatz 1/2 wurde heute vormittag gegen 10 Uhr der 40jährige Buchmacher Richard Sasse mit einem Mundschuß tot aufgefunden. — Im Hause Alexanderplatz 1/2 ist eine Filiale des konzessionierten Buchmachers H., dessen Hauptgeschäft in der Großen Frankfurter Straße ist. Die Zweigstelle wurde von Sasse geleitet, dem noch ein Angestellter zur Seite stand. Als der junge Mann heute früh um ½9 Uhr seinen Dienst antreten wollte, fand er das Bureau noch verschlossen vor. Er entfernte sich und kehrte nach einer Stunde wieder zurück. Das Bureau war immer noch verschlossen. Jetzt schöpfte der Angestellte Verdacht und bemerkte, daß in der Tür von innen ein Schlüssel steckte. Die Polizei wurde benachrichtigt, die sich gewaltsam Einlaß verschaffte. An seinem Arbeitstisch wurde S. tot aufgefunden. Aus einer Mehrladepistole, die auf dem Fußboden lag, hatte er sich einen Schuß in den Mund beigebracht. Größere Verluste, die wirtschaftliche Schwierigkeiten nach sich zogen, sollen S. zu dem Verzweiflungsschritt getrieben haben.

Werbefeier der Arbeiterjugend.

Mit einer gut gelungenen Werbefeier eröffnete die Arbeiterjugend, Ortsgruppe Andreasplatz, ihre Winterarbeit. Zahlreiche Schulentlassene mit ihren Eltern waren der Einladung nach dem Gesellschaftshaus von Schmidt in der Fruchtstraße gefolgt. Das umfangreiche Programm wurde ausschließlich von Jugendgenossen bestritten. Genosse Günther sprach die Festworte. Er schilderte in seiner Ansprache die Kulturbestrebungen der Arbeiterjugend. Der zweite Teil des Programms war ausgefüllt mit Volkstanzvorführungen, heiteren Rezitationen und Liedern zur Laute. Reichen Beifall fand ein Solotänzerpaar, die einen alten Volkstanz meisterhaft zur Vorführung brachten. Auch die im bayerischen Dialekt vorgetragenen Lieder zur Laute waren ausgezeichnet. Ein von Jugendgenossen vorgetragenes Zwiegespräch zeigte den Unterschied zwischen einem Tanzbodenjüngling und einem in der Jungarbeiterbewegung mitarbeitenden Genossen. Das Zwiegespräch hätte sich nicht mit der Gegenüberstellung begnügen sollen, sondern im Anschluß an diese die Arbeit der Arbeiterjugend aufzeigen sollen. Mit dem Gesang der Internationale schloß dieser Abend, der sicher viele Schulentlassene in die Arbeiterjugend eingeführt hat.

Schwerer Bauunfall in der Göhrener Straße

Zwei Gerüstbauer vom Dach abgestürzt.

Auf einem Neubau in der Göhrener Straße 11, unweit der Prenzlauer Allee, ereignete sich heute früh um ½8 Uhr ein folgenschwerer Bauunfall, zwei Gerüstbauer stürzten vom fünften Stockwerk auf den Hof hinab. Schwerverletzt wurden beide in das Krankenhaus übergeführt.

Der 43jährige Gerüstbauer Johann Formalski, am Ostbahnhof 13 wohnhaft, und der gleichaltrige Bauarbeiter Gustav Müller aus der Senefelderstraße 14 waren in der Höhe des fünften Stockwerkes, nach der Hofseite zu, mit der Herstellung eines hölzernen Schutzdaches beschäftigt. Vermutlich brach eine Strebe, denn ein Teil des Daches gab plötzlich nach und die **beiden Arbeiter, die sich nicht mehr in Sicherheit bringen konnten, stürzten kopfüber in die Tiefe.** Arbeitskollegen brachten die Schwerverletzten zunächst in einer Autodroschke zur naheliegenden Rettungsstelle 11, von wo sie in das Krankenhaus am Friedrichshain übergeführt wurden. Der Zustand des Formalski, der einen Schädelbruch und mehrere Beinbrüche davongetragen hat, ist so schwer, daß kaum Hoffnung ist, ihn am Leben zu erhalten. Müller kam glücklicherweise mit einem Oberschenkelbruch und leichten inneren Verletzungen davon. Bei ihm besteht keine Lebensgefahr. Eine baupolizeiliche Untersuchung über die Ursachen des Unglücks wurde eingeleitet.

Ein Fünfundsechzigjähriger. Unser Genosse Wilhelm Kegel, Köpenick, Kudawastraße 13, wird heute 65 Jahre alt. Seit 1891 ist er Mitglied unserer Partei. Noch heute betätigt er sich als Funktionär und ist in der Kleinarbeit besonders rührig. Sein Spezialgebiet ist die Landagitation. Hier hat er in jahrzehntelanger Arbeit dazu beigetragen, daß der Gedanke des Sozialismus sich auch in den Kreisen der Landarbeiter ständig vertieft und befestigt. Während des Kapp-Putsches traf ihn ein besonders hartes Geschick. Die Kapp-Rebellen erschossen seinen Sohn zusammen mit fünf anderen Köpenicker Genossen. In dieser seelischen Not trafen ihn auch schwere wirtschaftliche Sorgen. Umso höher schätzt die Partei seine unverdrossene Arbeitskraft. Wir wünschen, daß es dem Genossen recht lange vergönnt sein möge, an der Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei den regsten Anteil zu nehmen.

Kino-Volkswochenschau. In den Monopol-Lichtspielen, Petersburger Straße 20, läuft die neueste Nummer der Volkswochenschau; sie zeigt in gewohnter Reichhaltigkeit und Aktualität Aufnahmen von der Kurstätte für rachitische Kinder in Friedrichshain, die neuesten Sportbilder des In- und Auslandes, sie führt in ihrer Bilderfolge zwei interessante Erfindungen vor, zeigt wundervolle Aufnahmen aus dem Polargebiet, Bilder von der Geburtstagsfeier des Reichspräsidenten und anderes mehr.

Die Bureauräume des Reichsentschädigungsamts, welche bisher in der Hedemann- und in der Oranienstraße gelegen waren, werden vom 1. Januar 1928 nach Friedenau, Industriehaus Görtz, Rheinstraße, verlegt.

Führungen durch Alt-Berlin. Die „Führungen zu den vergessenen Winkeln des ältesten Berlin", die das Bezirksamt Schöneberg an den letzten beiden Sonntagen veranstaltete, fanden einen so großen Zuspruch, daß sie bis auf weiteres fortgesetzt werden. Nächste Führung Sonntag, 9. Oktober, die Schriftsteller Georg Bamberger leitet. Treffpunkt ½11 Uhr auf dem Spittelmarkt, Ausgang Untergrundbahn. Teilnehmerkarten 50 Pf.

Ausstellung „Das junge Deutschland". Im Rahmen der Vortragsreihe „Weltjugendarbeit" spricht heute, Sonnabend, 20 Uhr, Dr. Walter Kayser über „Internationale Boy Scout-Bewegung und deutsche Jugendbewegung" in der Festhalle des Schlosses Bellevue. Eintritt für Jugendliche 30 Pfennig, für Erwachsene 1 Mark.

Den Kanal durchschwommen!

London, 8. Oktober.

Die Londoner Stenotypistin Gleize hat gestern bei ihrem ersten Versuch, den Kanal zu durchschwimmen, Erfolg gehabt. Sie startete gestern um 2.55 Uhr von Cap Grisnez aus und konnte trotz des außerordentlich kalten Wassers die ganze Strecke durchhalten. Sie stieg um 19.18 Uhr zwischen Dover und St.-Margarethen-Bucht an Land.

Koennecke in Basra.

Bagdad, 8. Oktober.

Der Flieger Koennecke ist heute, Freitag, 6 Uhr früh, in Bagdad gestartet und um 9,45 Uhr vormittags in Basra gelandet.

Löwenschauspiel in Braunschweig. Der in Braunschweig gastierende Zirkus Sarrasani, ließ von seinen dressierten Löwen als geschickten Reklametrick dem Braunschweiger Löwendenkmal einen Besuch abstatten. Um das Denkmal war ein Zentralkäfig gestellt, über den ein Netz gespannt war. Der Platz vor dem Denkmal war durch einen Bretterzaun abgeschlossen. Ganz Braunschweig war auf den Beinen, die Menschen waren aufgeregt und schaulustig. Die Löwen aber benahmen sich ganz vernünftig, blinzelten etwas mit den Augen, umschlichen das Denkmal und wurden gefilmt. Damit war der Zweck des Löwenschauspiels erreicht.

Urabstimmung der Brauer.

Ueber den Einigungsvorschlag.

Die Funktionäre der streikenden Brauereiarbeiter beschäftigten sich heute vormittag in einer überfüllten Versammlung im Rosenthaler Hof mit dem Einigungsvorschlag, der das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen war und den wir bereits heute früh mitgeteilt haben.

Genosse Hodapp vom Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter gab den Funktionären zunächst einen kurzen Bericht über den Gang der Verhandlungen, der vom Genossen Klose vom Verkehrsbund in einigen Punkten noch ergänzt wurde. Die Lohnkommission war zu dem Beschluß gekommen, dieses Angebot den Streikenden zur Annahme nicht zu empfehlen.

In der Diskussion vertraten die Redner die Auffassung, daß dieser Einigungsvorschlag nicht als ein neues Angebot anzusehen sei und deshalb eine Urabstimmung auch nicht vorgenommen werden brauche. Die Organisationsvertreter betonten darauf, daß einmal nach den Statuten nicht nur der führenden, sondern aller Organisationen bei einem neuen Angebot oder einem Vergleichsvorschlag eine Urabstimmung vorgenommen werden müsse, zum anderen aber auch die Funktionäre die Urabstimmung deshalb nicht ablehnen dürften, um nicht die Meinung aufkommen zu lassen, daß sie die Urabstimmung unter den Streikenden fürchten. Die Funktionäre waren vor allem darüber entrüstet, daß die Unternehmer, wie aus dem Einigungsvorschlag hervorgeht, bei der Wiedereinstellung unter den Streikenden sieben wollen. Diese Spitze ist bestimmt im Einigungsvorschlag gegen die Funktionäre gerichtet. Es wurde einmütig die Auffassung vertreten, daß der Kampf nur beendet werden könne, wenn alle am Streik Beteiligten wieder eingestellt werden.

Nach einer ausgiebigen Debatte lehnten die Funktionäre den Einigungsvorschlag einstimmig ab und beschlossen, daß die Urabstimmung in der Zeit von heute nachmittag 3 Uhr bis morgen abend 6 Uhr vorgenommen werden muß. Das Abstimmungsergebnis muß noch morgen, Sonntag, sofort nach Schluß der Abstimmung dem Bureau des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter übermittelt werden. An der Urabstimmung müssen sich alle organisierten Arbeiter beteiligen, die an der Streikabstimmung teilgenommen haben. Die erweiterte Streikleitung wird zu diesem Abstimmungsergebnis noch morgen abend Stellung nehmen. Das Lokal wird noch in der Presse bekanntgegeben.

Vor einem Streik im Möbelhandel.

Um die Erhöhung der Löhne.

Seit längerer Zeit stehen die Transportarbeiter des Möbelhandels mit den Unternehmern in Verhandlungen wegen einer Erhöhung der stark zurückgebliebenen Löhne. Die vom Deutschen Verkehrsbund eingereichte Forderung lautete auf Erhöhung der Wochenlöhne von 43 auf 50 M. Die Unternehmer machten schließlich ein Angebot von 2 M. Zulage.

Zu diesem Angebot nahm eine Versammlung der Möbeltransportarbeiter Stellung. Das Angebot wurde einstimmig abgelehnt, zugleich wurde den Unternehmern ein Ultimatum gestellt, das gestern abend ablief. Die Unternehmer bequemten sich darauf, noch eine Mark zuzulegen. Auch dieses Angebot wurde von den Arbeitern einstimmig abgelehnt. Ein Antrag, heute früh in den Streik zu treten, wurde jedoch abgelehnt, da man den Unternehmern noch einmal Gelegenheit geben wollte, zur Ablehnung des Angebots Stellung zu nehmen. Heute vormittag teilten nunmehr die Unternehmer mit, daß sie auf ihrem letzten Angebot bestehen bleiben.

Unter diesen Umständen dürfte die Abstimmung der Arbeiter, die morgen vormittag nochmals sich versammeln, nicht zweifelhaft sein. Ab Montag früh wird wahrscheinlich der Streik der Transportarbeiter im Möbelhandel eine vollzogene Tatsache sein.

Die kommunistischen Drückeberger.

Sie bleiben Oberbonzen der KPD.

An demselben Tage, an dem die „Rote Fahne" den Beschluß der Funktionäre der Straßenbahner veröffentlichte, der Streikabstimmung der Straßenbahner keine Folge zu geben, veröffentlichte sie auch die Mitteilung, daß der Obmann des Betriebsrats der Straßenbahn aus der KPD. wegen seiner Mitwirkung bei diesem Beschluß ausgeschlossen worden ist. Wenn es sich also um „einfache Arbeiter" handelt, dann funktioniert die Ausschlußmaschine der KPD. sehr rasch. Es bedarf keiner Untersuchung, es wird keine Verteidigung zugelassen. Anders wenn es sich um kommunistische Oberbonzen handelt.

Gestern morgen veröffentlichte die „Rote Fahne" auf ihrer ersten Seite in großer Aufmachung die Mitteilung über den Beschluß des Magistrats, dem Stadtverordnetenbeschluß auf Erhöhung der Löhne der Gemeindearbeiter um 10 Pf. pro Stunde nicht beizutreten. In den stärksten Ausdrücken wurden die sozialdemokratischen Magistratsmitglieder angeklagt, für diesen Magistratsbeschluß und gegen die Erhöhung der Löhne der Gemeindearbeiter gestimmt zu haben.

Wir haben darauf festgestellt, daß sämtliche sozialdemokratischen Magistratsmitglieder für den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung gestimmt hatten und daß die Ablehnung nur zustande kam, weil die beiden kommunistischen Magistratsmitglieder Gäbel und Ausländer abwesend waren.

Wohl beschäftigt sich die „Rote Fahne" auch heute morgen mit dieser Angelegenheit, nicht aber, indem sie gegen die kommunistischen Stadträte Stellung nimmt, sondern indem sie diese kommunistischen Oberbonzen mit den einfältigsten Argumenten zu verteidigen und alle Schuld an dem Magistratsbeschluß den Sozialdemokraten aufzuhalsen sucht.

Die „Rote Fahne" versucht, die beiden kommunistischen Stadträte mit ihrer Unwissenheit zu entschuldigen. Wenn wir auch wünschen, daß diese kommunistischen Stadträte der KPD. möglichst lange erhalten bleiben mögen, denn sie passen zu ihr, so müssen wir doch, um der Wahrheit die Ehre zu geben, die Entschuldigung der „Roten Fahne" ins rechte Licht rücken. In der vorletzten Sitzung des Magistrats hatte sich dieser mit dem Antrag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter auf Erhöhung der Löhne um 10 Pf. bereits beschäftigt. Die Beschlußfassung darüber wurde jedoch ausgesetzt bis nach der Stellungnahme der Stadtverordnetenversammlung. Die beiden kommunistischen Stadträte mußten also wissen, daß die Angelegenheit in der nächsten Sitzung zur Beschlußfassung kommen würde. Während dieser Sitzung wurden die beiden kommunistischen Stadträte ausdrücklich von Vertretern des Gemeindearbeiterverbandes darauf aufmerksam gemacht, daß die Lohnfrage noch in dieser Sitzung verhandelt würde.

Was soll man aber dazu sagen, wenn die „Rote Fahne" erzählt, die beiden Stadträte hätten vorher den — Oberbürgermeister gefragt, ob sie weggehen könnten! Die ablehnende Stellung des Oberbürgermeisters in dieser Frage kann auch den beiden kommunistischen Stadträten, so unwissend sie nach der „Roten Fahne" auch sein mögen, nicht unbekannt sein. Auf derselben Höhe stehen die übrigen Angaben der „Roten Fahne", die u. a. wahrheitswidrig behauptet, unser Genosse Brühl habe eine Stellungnahme zu dem Stadtverordnetenbeschluß „erzwungen".

Wir stellen also fest: der Arbeiter Johann Flieger wird ohne Federlesens aus der KPD. ausgeschlossen, weil er mit 60 Proz. Unorganisierten einen Streik zu führen ablehnt. Die beiden kommunistischen Stadträte Gäbel und Ausländer bleiben kommunistische Oberbonzen. Sie wußten, daß es in der letzten Sitzung des Magistrats zur Abstimmung über die Lohnerhöhung der Gemeindearbeiter kommen würde. Sie wurden außerdem während der Sitzung des Magistrats durch die Organisationsvertreter des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, unter denen sich auch ein Mitglied der KPD. befand, ausdrücklich auf die Beschlußfassung aufmerksam gemacht. Wer verrät also die Arbeiter?

Lohnbluff in den VSMI.-Betrieben.

Wie man die Löhne niedrig zu halten versucht.

Die Löhne der Hilfs- und Transportarbeiter der Berliner Metallindustrie sind sehr niedrig. Die Arbeitslosen lehnen es gemeinhin ab, zu 69 und 71 Pf. Stundenlohn Arbeit anzunehmen. Die Berliner Metallindustrie hat seit längerer Zeit gute Konjunktur, und die Nachfrage nach geeigneten Hilfs- und Transportarbeiterkräften bewegt sich in aufsteigender Linie.

Trotz ernstlicher Anstrengung war es in letzter Zeit vielen Firmen nicht möglich, den erforderlichen Bedarf auch nur annähernd decken zu können. Auch die aufdringlichen Zeitungsannoncen haben das bestehende Manko nicht auszufüllen vermocht. Um den Zuzug mehr zu beleben, werden nun Methoden angewandt, die einer Bauernfängerei sehr ähnlich sind

Aus den uns mitgeteilten Klagen ist zu entnehmen, daß den Arbeitsuchenden von Metallfirmen ein weit höherer Lohn versprochen wird, als der Tarifvertrag es vorsieht. Nach der Arbeitsaufnahme wird dann der Eingestellte von einem vielleicht zu diesem Zweck trainierten Mann nach seinem Stundenlohn gefragt. Hört der Ausfrager den vereinbarten Lohnsatz, dann begibt er sich eiligst zu seinem Meister, beschwert sich über den hohen Lohn des Neueingestellten und verlangt ebensolche Bezahlung. Der Meister, angeblich ziemlich betroffen, gesteht ein, sich im Einstellungslohn „geirrt" zu haben und legt dem Eingestellten nahe, diese unliebsamen Wirkungen einzusehen und seine weitere Tätigkeit zu dem niedrigen Tariflohn auszuführen.

Würde es sich nur um einige Fälle handeln, so ließe sich ein Irrtum solcher Art denken. Aber die Fälle mehren sich sehr stark. So muß man zu der Auffassung kommen, daß System darin steckt. Man rechnet aller Wahrscheinlichkeit nach in solchen Fällen damit, daß der erst einmal Eingestellte vielleicht doch nicht wieder so schnell den Betrieb verläßt, und daß er sich einen Lohnabzug eher gefallen läßt, als seine Entlassung zu nehmen, weil bei vielen der Glaube besteht, daß sie durch die Entlassung ihres Unterstützungsanspruchs bei der Arbeitslosenversicherung verlustig gehen könnten.

Vom arbeitsrechtlichen Anspruch aus betrachtet ist hervorzuheben, daß in solchen Fällen der Unterstützungsanspruch keine Aufhebung findet, weil sich der Unternehmer bei der Einstellung gegenüber dem Arbeiter einer List bedient hat. Das neue Arbeitsversicherungsgesetz garantiert den Unterstützungsanspruch in solchen Fällen ausdrücklich, wenn die arglistige Täuschung nachgewiesen wird. Der Arbeiter kann also ohne Bedenken auf die Zahlung des vereinbarten Lohnes bestehen. Bezeichnend ist es, daß sich solche Fälle gerade in der Metallindustrie abspielen können, wo der schlechte Lohn ein Abschreckungsmittel für die Arbeitsuchenden ist.

Streik in der Porzellanfabrik Hennigsdorf.

In der Porzellanfabrik Hennigsdorf (Betriebsführung Rosenthal), die der AEG. angeschlossen ist, sind wieder einmal Differenzen zwischen der Betriebsführung und den Isolatorendrehern ausgebrochen. Das geht nun schon seit Jahren so, alle paar Monate gibt es Krach in Hennigsdorf. Das ist eine Schlamperei, die nicht mehr so weitergehen kann.

Der Betrieb fällt als einziger im ganzen deutschen Reich nicht unter den Reichstarifvertrag für die deutsche feinkeramische Industrie. Im Reichstarifvertrag ist die Defektfrage für die Isolatorendreher geregelt. Aber in Hennigsdorf glaubt die Direktion, eine Regelung der Defekte nur in einem für sie günstigen Sinne herbeiführen zu können. In Hennigsdorf sollen die Dreher auch noch den Bruch tragen. Dabei müssen sie Material verarbeiten, das nicht einwandfrei ist. Die Dreher haben ihre Kündigung eingereicht, die am 8. Oktober abläuft. Von dem Tage, also von heute, ab treten sie in den Ausstand.

Auch die im Brennhaus beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sind seit langem mit ihrem Lohn nicht mehr zufrieden und haben an die Direktion Lohnforderungen gestellt, die diese aber nur zum Teil bewilligt hat.

Wenn die Direktion bei der ganzen Angelegenheit kein Entgegenkommen zeigt, ist mit schweren Differenzen in der ganzen Abteilung Porzellan zu rechnen. Deswegen wolle man die Firma mit Arbeitsangeboten verschonen.

Kundgebung der Angestellten der werbenden Betriebe

Die Angestellten der werbenden Betriebe Groß-Berlins veranstalteten am Donnerstag eine von den Gewerkschaften einberufene Kundgebung in der Stadthalle Klosterstraße.

In der gut besuchten Versammlung referierte Genosse Quenzel über die Wirtschaftspolitik der Kommune Berlin. Genosse Swolinski verglich die sozialen Verhältnisse der Angestellten in den werbenden Betrieben mit denen der Kämmereiverwaltung. Ueber die Verhandlungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen sprach Genosse Quenzel.

Die Funktionäre der städtischen Werke hatten den Beschluß gefaßt, jetzt keine Lohnforderungen zu stellen, sondern erst die neue Besoldungsordnung abzuwarten. Die sozialen Forderungen zum Manteltarif werden am nächsten Dienstag mit den städtischen Werken verhandelt. Es ist gefordert worden: Beginn des Besoldungsdienstalters mit 20 Jahren, Aufwandsentschädigung soll auf 2 M., für auswärtigen Dienst auf 4 M. erhöht werden. Die Kassierer sollen ein Verzehrgeld von 20 M. monatlich erhalten.

In der Urlaubsfrage verlangen die Gewerkschaften Gleichstellung der Angestellten der städtischen Werke mit denen der Kämmereiverwaltung. Weiter wird die Mitwirkung der Betriebsräte bei Einstellung und Entlassung verlangt. Anstatt der Schiedsgerichte sollen in Zukunft Streitigkeiten vor den Arbeitsgerichten ausgetragen werden. Angestellte, die Wechseldienst machen, sollen eine Woche Urlaub mehr erhalten. Gefordert wird dann noch eine längere Gültigkeitsdauer des Manteltarifvertrages.

Nach den mit reichem Beifall aufgenommenen Referaten betonte Genosse Polenske vom Verband der Gemeindearbeiter, daß die Zusammenarbeit der Angestellten und Arbeiter der werbenden Betriebe weiter ausgebaut werden. Nur gemeinsamer Arbeit wird Erfolg beschieden sein.

Lohnerhöhung in Ostoberschlesien.

Kattowitz, 7. Oktober. (WTB.)

Die am Dienstag vertagten Lohnverhandlungen für die Metallhütten wurden vorgestern wieder aufgenommen. Nach längerer Beratung kam eine Einigung zustande unter der Voraussetzung, daß erstens die letzthin vom Schlichtungsausschuß bewilligte Ausgleichszulage sowie die jetzige neue nicht als Sonderzuschläge gezahlt, sondern in den Lohn eingerechnet werden, und zweitens die Gedingeverhandlungen für die Röst- und Zinkhüttenindustrie sofort wieder aufgenommen werden. Die Metallhüttenarbeiter der Klassen 1 bis 11, die im Akkord arbeiten, erhalten danach eine durchschnittliche Zulage von 70 Groschen per Schicht und alle übrigen Akkordarbeiter eine solche von 45 Groschen je Schicht. Das Abkommen läuft bei vierzehntägiger Kündigungsfrist zunächst bis zum Schluß dieses Jahres.

Theater der Woche.

Vom 9. Oktober bis 17. Oktober 1927.

Volksbühne: Theater am Bülowplatz: Kabale und Liebe. — **Theater am Schiffbauerdamm:** George Dandin. — **Thalia-Theater:** Der rote Hahn. — **Oper am Platz der Republik:** 9. Die Frau ohne Schatten. 10. Der Waffenschmied. 11. Der ferne Klang. 12. Rosenkavalier. 13. Die Macht des Schicksals. 14. Der fliegende Holländer. 15. Boheme. 16. Carmen. 17. Mignon. — **Städtische Oper Charlottenburg:** 9., 12. Pamina. Cavalleria rusticana. 10. Das Glöckchen des Eremiten. 11., 15. Jonny spielt auf. 13. Elektra. 14. Rheingold. 16. Turandot. 17. Mignon. — **Schauspielhaus am Gendarmenmarkt:** 9., 13. Ein besserer Herr. 10., 17. Florian Geyer. 12., 12. Amphitrion. 14. Maß für Maß. 15. und 16. Die Wupper. — **Schiller-Theater Charlottenburg:** 9., 10., 12. Im weißen Rößl. 11. Peer Gynt. 13., 14. Herodes und Mariamne. 15., 16. Fünf von der Jazzband. 17. Die Journalisten. — **Deutsches Theater:** Troilus und Cressida. — **Kammerspiele:** Ihr Mann. — **Die Komödie:** Zinsen. Täglich 11 Uhr Nachtvorstellung: Nelson-Revue. — **Theater am Nollendorfplatz:** Hoppla, wir leben! — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Die Schwester. — **Komödienhaus:** Hokuspokus. — **Großes Schauspielhaus:** Der Mikado. — **Theater des Westens:** Eine Frau von Format. — **Komische Oper:** Die Welt applaudiert . . . — **Deutsches Künstler-Theater:** Justiz. — **Lustspielhaus:** Filmromantik. — **Lessing-Theater:** Bis 13. König Heinrich IV. Ab 14. Schinderhannes. — **Trianon-Theater:** Kopf oder Schrift. — **Residenz-Theater:** Der Leibkutscher des Friedericus Rex. — **Theater in der Kommandantenstraße:** Der Regiments-Papa. — **Berliner Theater:** Leonie. — **Neues Theater am Zoo:** Die lustigen Thoma-Komödien. — **Die Tribüne:** Spiel im Schloß. — **Renaissance-Theater:** 10., 11. Italienisches Gastspiel: Der Schatten. Ab 12. Giovanni und Annabella. — **Walhalla-Theater:** Am Hildesheimer Schloß steht eine Linde. — **Rose-Theater:** Die Maschinenbauer von Berlin. — **Kaiserpalast:** Die Paula vom Metropol. — **Theater in der Klosterstraße:** 9., 12., 13. Johannisfeuer. 10., 14. Hedda Gabler. 11., 12., 16. Liebe. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** Wiener Blut. — **Theater in der Lützowstraße:** Galante Nacht. — **Theater im Admiralspalast:** Wann und wo! — **Wintergarten:** Varieté. — **Scala:** Internationales Varieté. — **Reichshallen-Theater:** Stettiner Sänger. — **Theater am Kottbusser Tor:** Elite-Sänger.

Nachmittagsvorstellungen. **Volksbühne:** Theater am Bülowplatz: 9., 16. Ein Sommernachtstraum. — **Theater am Schiffbauerdamm:** 9., 16. George Dandin. — **Thalia-Theater:** 9., 16. Der mutige Seefahrer. — **Schauspielhaus am Gendarmenmarkt:** 9. Ein besserer Herr. — **Die Komödie:** 16. Nelson-Revue. Die Lichter von Berlin. — **Großes Schauspielhaus:** 9., 16. Der Mikado. — **Theater des Westens:** 9., 16. Alt-Heidelberg. — **Trianon-Theater:** 9. So ein Mädel. (Das Extemporale.) — **Neues Theater am Zoo:** 9., 12., 16. Kindermärchenvorstellungen. — **Walhalla-Theater:** 9. Schneewittchen und die sieben Zwerge. 12. Die Puppenfee. — **Rose-Theater:** 10., 16., 17. Hänsel und Gretel. — **Theater in der Klosterstraße:** 9. Raub der Sabinerinnen. 12., 15., 16. Rotkäppchen. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** 9. Anneliese von Dessau. — **Theater im Admiralspalast:** 9., 16. Wann und wo! — **Scala:** 9., 15., 16. Internationales Varieté. — **Reichshallen-Theater:** 9., 16. Stettiner Sänger. — **Theater am Kottbusser Tor:** 9., 16. Elite-Sänger.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ewern; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Teppiche
8 billige Umzugstage
Boucle 200/300 . . . Mk. 25.–
mech. Smyrna 250/350 Mk. 76.–
Smyrna-Fabrikteppich-Verkauf
Friedrichstraße 204
(nahe Leipziger Str.)

Bettfedern
anerkannt billig und reell.
Pfd grau 60 Pf., gesch. 90 Pf., Rupf 1.75, Halbdaune 2.75, 4. weiß rollbaunige 5, Daune 4. 7. weiß 9—10, Schleißdaune 3.50—5, Oberbett 1a. dichtes Inlett 8 Pfd. schw. 12. 18, Kissen 3 Pfd. 3.50, 3.50 aufw. gegen Nachn. Muster, Preisl. frei, kein Risiko. Nichtpassend zurück. Köhm. Bettfedernspezialhaus Sachsel & Stadler, Berlin C 12, Landsberger Str. 48.
Hygienische Dampfreinigung gratis
Besonders vorteilhaft sind die KLEINEN ABSCHNITTE in der Gesamt-Auflage des „Vorwärts" auf beiden Seiten außerordentlich billig!

Möbel-Beiser
Schlaf-, Herren- und Speisezimmer
Küchen, Klubgarnitur., Einzelmöbel
in gediegener Qualität zu niedrigen Preisen
auf Teilzahlung!
Norden: Lothringer Straße 67
Osten: Frankfurter Allee 336

Wenn Sie den guten
Kapitän-Kopenhagener-Kautabak
einkaufen,
fordern Sie nicht einfach nur Dänischen Kautabak,
sondern ausdrücklich
Kapitän-Kopenhagener
Dieser wird nur in Papier verpackt geliefert; unverpackte Ware ist gefälscht, meist wertlos.
Verkaufsstellen durch C. Röcker, Berlin NO., Lichtenberger Str. 22. — Telephon: Königstadt 3861

HERDE
für KOHLE und GAS
auch bis zu
12
Monats-Raten
Verlangen Sie Sonderangebot
Raddatz & Co
Berlin, Leipzigerstr. 122/123

Photoapparate, Feldstecher
kaufen Sie gut und preiswert im
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98

Sie staunen
über die billigen Preise meiner
Armband- u. Taschenuhren
Großes Lager in allen Qualitäten u. Preislagen
Herm. Wiese, Berlin N, Artilleriestr. 30, Nähe Oranienburger Tor
Garantie für jede bei mir gekaufte Uhr

Elektrische Anlagen
10-12 Monatsraten, ev. auch ohne Anzahlung
2 Zimmer 65.—, 3 Zimmer 80.—
4 Zimmer 100.— M. einschl. Küche, Korridor und Bad.
Vertreterbesuch und Kostenanschläge unverbindlich!
G. Joh. Reincke & Co.
Geprüfter Elektromeister
Berlin-Schöneberg, Maxstraße 6.
Stephan 8270.

Lest Bücher
Wissen ist Macht!
J. H. W. Dietz Nachfl., G. m. b. H.
Lindenstraße 3.